



Science Diplomacy

I. Eine neue Strategie in der Außenwissenschaftspolitik

Außenwissenschaftspolitik ist ein zentrales Handlungsfeld deutscher Außenpolitik. Nachdem in den vergangenen Jahrzehnten die Internationalisierung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland sowie die internationale Vernetzung von Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Wissenschaftsinstitutionen im Vordergrund der Politik der Bundesregierung gestanden haben, bedarf es für die 2020er Jahre einer neuen Strategie. Wir fassen diese unter den Begriff der „Science Diplomacy“. Diese hat auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren, einen freiheitlichen Rahmen der wissenschaftlichen Betätigung zu schaffen und zu schützen und Wissenschaft als notwendige Bedingung demokratischen Handelns zu fördern und zu pflegen und die bisherigen Stärken der Außenwissenschaftspolitik, insbesondere die internationale Dimension in Vernetzung und Austausch, zu erhalten.

Ein demokratischer Raum beruht auf einem Diskurs informierter Bürgerinnen und Bürger und ihrer Vertreterinnen und Vertreter. Die europäische Idee und von ihr ausgehend ein lange als „westlich“ verstandenes Modell wissenschafts- und evidenzbasierter Politik steht in der Tradition der Aufklärung. Die Covid-Pandemie ist ein dringender Appell, diese Tradition des Ausganges aus der Unmündigkeit neu zu beleben.

Dies betrifft in allererster Linie das Phänomen der sogenannten shrinking spaces. Freiheitsräume von Wissenschaft und Gesellschaft werden zunehmend kommunikativ unterlaufen (fake News), faktisch - nicht zuletzt durch mangelnde Ausstattung mit Ressourcen - verkleinert und normativ (durch Kontrolle und Gesetzgebung) bedroht.

Dies betrifft aber ebenso die Stärke Europas, wissenschaftsbasiert verantwortliche politische Entscheidungen zu treffen und Wissenschaft – ebenso wie Kunst und Kultur – als Freiheits- und Erkenntnisraum für gesellschaftliche Entscheidungen zu pflegen. Das ist angesichts der weltweiten – planetaren – Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine zentrale Aufgabe von Außenpolitik als internationaler Gesellschaftspolitik.

Eine deutsche Science Diplomacy versteht sich dabei immer in einem europäischen Bezugsrahmen und als nationaler Beitrag, der die europäische Souveränität und Solidarität sowohl geostrategisch als Akteur befördert als auch identitätsstiftend nach innen wie nach außen wirkt.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass ein solidarisches und souveränes Europa Resilienz benötigt, um gegenüber autoritären Narrativen zu bestehen. Sie hat uns aber auch vor Augen geführt, dass wir mit dem europäischen Modell ein Angebot zu machen haben und

unsere Verantwortung für Wissenschaftsfreiheit, Mobilität und Multilateralismus neu wahrnehmen müssen. Die Attraktivität Deutschlands als Studien- und Wissenschaftsstandort mit seinen hervorragenden akademischen Angeboten ist auch in Zeiten der Pandemie ungebrochen. Diese gute Position im Wettbewerb um Studierende und Forschende möchten wir ausbauen. Wir wollen gestärkt aus der Krise herausgehen, das wird nur gelingen, wenn wir mehr Austausch und Zusammenarbeit pflegen, gerade auch um den European Green Deal voranzubringen und qualitatives Wachstum zu befördern. Wir begrüßen das Angebot der Wissenschaftsorganisationen, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in Fragen der Wissenschaftsfreiheit und der europäischen Wissenschafts- und Forschungspolitik zu beraten.

„Außenpolitik ist zu wichtig, um sie alleine den Staaten zu überlassen“ (Willy Brandt). Dieses Verständnis gilt erst recht in einem Jahrzehnt, in dem sich keine einzige Herausforderung mehr auf der Ebene der Nationalstaaten alleine lösen lässt. Die Herausforderungen des Anthropozäns verlangen nach internationalen Antworten auf die Bekämpfung des Klimawandels, den Erhalt von Artenvielfalt, ein neues Verständnis der Auswirkungen menschlichen Handelns auf die natürliche Lebenswelt ebenso wie auf den technologischen Wandel, nachhaltiges Wirtschaften und Fragen der Diversität in den nationalen Gesellschaften.

Internationale Gesellschaftspolitik wird damit zu einer Notwendigkeit und mit ihr die Stärkung des Multilateralismus als des Raumes, in dem internationale Verständigung zwischen gleichberechtigten Partnern eingeübt wird. Daher müssen auch genuin außen- und sicherheitspolitische Fragen dem internationalen wissenschaftlichen Diskurs gegenüber neu geöffnet und seiner Kritik zugänglich gemacht werden.

Dem stellt sich die Science Diplomacy. Die Erfahrungen im Umgang mit der Covid-Pandemie in Europa und weltweit machen ihre Umsetzung umso dringlicher. Überall dort, wo die Grundsätze wissenschaftsbasierter Politik beachtet wurden, ist das Vertrauen in politische Entscheidungen gestärkt worden. Dies hat einen klaren Kontrapunkt gegen die Ideologisierung, gegen postfaktische Narrative und Desinformation gesetzt und muss fortgesetzt werden.

Wissenschaft kann die faktenbasierte Grundlage für politische Entscheidungen liefern. Politik muss die schwierige und manchmal schmerzhaft Abwägung zwischen Werten und Interessen vornehmen. Im Spannungsfeld von Wissenschaftsfreiheit, gesellschaftlicher Verantwortung und politischem Handeln braucht es deshalb klare Standortbestimmungen für die beteiligten Akteure. Im Idealfall pflegen Wissenschaft und Politik den engen Austausch in und mit der Zivilgesellschaft, als deren Teil sie sich verstehen, und erhöhen in dieser Wechselwirkung gegenseitiges Verständnis und die Legitimation für eine gleichsam werte- und evidenzbasierte Politik.

Vor diesem Hintergrund bedeutet die Neuausrichtung des Handlungsfeldes der Außenwissenschaftspolitik durch eine als strategische Neuausrichtung verstandene Science Diplomacy, das Kooperationsverhältnis zwischen Außenpolitik, Wissenschaft, Citizen Science und Wissenschaftskommunikation mit einer engagierten Bürgergesellschaft in dauerhaften internationalen Prozessen zu verankern. Science Diplomacy erweitert so den Begriff und das Tätigkeitsfeld von Wissenschaft, indem der Akteursrahmen von Citizen Science über Stiftungen bis hin zur engagierten Zivilgesellschaft erweitert wird. Science Diplomacy versteht sich damit zugleich als Beitrag sowohl zu einer internationalen Wissenschaft, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, als auch einer internationalen Politik, die wissenschaftli-

che Beratung wahr- und ernstnimmt. Sie schafft damit neues Handlungspotenzial für die Außenpolitik.

Daher sind auch der Deutsche Bundestag mit seiner Expertise, die Nachbarressorts und hier insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zentrale Partner bei der Umsetzung der neuen strategischen Ausrichtung. So hat das BMBF bereits erste Schritte insbesondere im Bereich der Wissenschaftskommunikation eingeleitet, unter anderem durch einen Preis für „Science Diplomacy“, und der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung, „die Außenwissenschaftspolitik im Sinne einer *science diplomacy* weiterzuentwickeln“¹. Dies beinhaltet ausdrücklich Ausbau und Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit, internationale Sichtbarmachung und Vernetzung des Wissenschafts- und Innovationsstandortes Deutschland, Ausbau des Wissenschaftsaustausches und den deutschen Beitrag zur Erreichung der Sustainable Development Goals.

II. Leitlinien und Handlungsfelder der Science Diplomacy

Die folgenden Leitlinien bilden den Rahmen für die Neuausrichtung der Außenwissenschaftspolitik durch eine Science Diplomacy. Dabei werden normative Aspekte (1), inhaltliche und regionale Schwerpunkte (2) mit strukturellen Veränderungen außerhalb (3) und innerhalb des Auswärtigen Amtes (4) in einer Matrix miteinander verbunden. In diesen Verbindungen zeigt sich zugleich das Potential für eine Außenpolitik im Dienste der Wissenschaft sowie das Potential der Wissenschaft zur Beschreibung und Durchsetzung europäischer Interessen und Werte.

1. Wissenschaftsfreiheit weltweit stärken

Science Diplomacy entwickelt Gestaltungsmöglichkeiten aus grundlegenden Orientierungen. Ein gemeinsames europäisches Wissenschaftsethos spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Prinzipien des Multilateralismus, die in der Außenwissenschaftspolitik in besonderer Weise verankert und zur Bewältigung globaler Herausforderungen unabdingbar sind.

- 1.1. Wissenschaftlicher Erfolg hängt im europäischen Gesellschaftsmodell engstens zusammen mit dem Verständnis von Wissenschaftsfreiheit. Deswegen unterstützt und fördert Science Diplomacy die Freiheit der Wissenschaft ebenso wie die Freiheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. At-Risk-Programme wie die Philipp-Schwartz-Initiative und das Engagement im Rahmen der Deutschen Akademischen Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI) des UNHCR sind daher ebenso integraler Bestandteil von Science Diplomacy wie die politische Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit und deren institutionelle wie finanzielle Förderung. Denn auch die Wissenschaft in Deutschland kann nur dann ihren Beitrag zu Fortschritt und Innovation erfüllen, wenn sie Teil einer freiheitlich verfassten internationalen Wissenschaftsgemeinschaft ist.

¹ Vgl. Beschluss Deutscher Bundestag: Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik im Wandel - Neue Bedingungen und Herausforderungen für zeitgemäßes Handeln vom 28.01.2020, DS 19/16834.

- 1.2. Das Eintreten für weltweite Wissenschaftsfreiheit, für die Bedeutung von Grundlagenforschung und uneingeschränktem Wissenschaftsaustausch ist damit sowohl interesse- wie wertebasiert und dient nicht zuletzt Deutschland als Innovations- und Wirtschaftsstandort ebenso wie der Stärkung einer europäischen (Programme Erasmus und Horizon) und internationalen Wertegemeinschaft. Diese normative Komponente ist eine deutliche Erweiterung des bisherigen Handlungsfeldes der Außenwissenschaftspolitik. Sie ist notwendig, um nationalistischen wie autokratischen Kräften im internationalen Zusammenhang ebenso entgegen zu treten wie Verschwörungstheorien und fake news in Deutschland und Europa.
- 1.3. Diese normativen Komponenten treten zu einem verstärkten Engagement im Bereich des Austausches von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hinzu. Hier handelt Außenpolitik im Dienste der Wissenschaft und schafft für diese optimale Bedingungen. Der Erfolg des Innovations- und Wirtschaftsstandortes Deutschland und das internationale Ansehen unseres Landes beruhen nicht zuletzt auf der internationalen Vernetzung seiner Akteure. Eine enge Bindung von internationalen Studierenden, Forscherinnen und Forschern sowie Führungspersönlichkeiten, die Förderung physischer wie digitaler Mobilität durch Stipendien- und Förderprogramme ist gerade als Gegenmodell zu nationalen Egoismen mehr gefordert denn je und soll die internationale Wissensproduktion, den Standort Deutschland und Europa auch im Blick auf den Fachkräftemangel energisch weiter befördern und an neue globale Gleichgewichte anpassen.
- 1.4. Zur Stärkung der Wissenschaftsfreiheit gehören ebenso die Wissenschaftskommunikation und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Außenpolitik. In Zeiten, in denen Tendenzen der De-Globalisierung, Ignoranz wissenschaftlicher und Verbreitung „alternativer Fakten“ oder fake news den Kommunikationsraum der Öffentlichkeit in hohem Maße beeinflussen, ist es zentrale Aufgabe von Science Diplomacy mit aktiver und strategischer Kommunikation und faktenbasierten Argumenten Desinformation zu bekämpfen und für offene Kommunikationsräume einzutreten. Wissenstransfer bedeutet dabei, zugleich die wissenschaftliche Expertise auch in genuin außenpolitischen Feldern wie der Friedenspolitik, der internationalen Wirtschaftsordnung und regionalspezifischen Kompetenzen stärker einzubinden. Ganz besonders die Chinakompetenz und die Afrikakompetenz sind dabei zu fördern und über „Communication Labs“ und „Science Weeks“ mit zivilgesellschaftlichem Wissen und Medienexpertise zu verbinden. Wir werden daher gemeinsam mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen und Wissenschaftsstiftungen sowohl die Wissenschaftskommunikation als auch den Wissenstransfer zu einem besonderen Schwerpunkt machen.

2. Globale Herausforderungen annehmen

Die deutsche Außenpolitik hat Antworten zu finden auf die gestiegenen Anforderungen an die globale Rolle unseres Landes und Europas. Die Pandemie hat die Stärke Europas, wissenschaftsbasiert verantwortliche politische Entscheidungen – getragen von Rationalität und Gemeinwohlorientierung - zu treffen, neu begründet. Sie hat aber auch die Dringlichkeit für inhaltliche Nejustierungen deutlich gemacht.

- 2.1. Seiner internationalen Verantwortung kann Deutschland und Europa nur gerecht werden, wenn es sich an den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts orientiert. Fragen des Klimawandels, des Ressourcenmanagements, einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaftsordnung, von Public Health (insbesondere in Zusammenarbeit mit der „Berlin School for Public Health“), von Diversität sowie von Fluchtursachen und Migration sind daher die inhaltlichen Schwerpunkten der Science Diplomacy. Neuausschreibungen von Programmen und Projekten orientieren sich künftig an diesen strategischen Schwerpunktthemen und sollen ebenso wie unsere Mobilitätsprogramme klimaneutral ausgerichtet werden. Wir wollen über die Einführung von Umweltverträglichkeitsnormen unsere Förderung an die Herausforderungen des Anthropozäns anpassen.
- 2.2. Die Lösung der weltweiten Probleme von Frieden und Sicherheit stehen im Zentrum deutscher und europäischer Außenpolitik und bedürfen stärker als bisher internationaler wissenschaftlicher Expertise. Mit dem deutsch-kolumbianischen Friedensinstitut CAPAZ haben wir ein erstes internationales Pilotprojekt geschaffen, auf dem es nun aufzubauen gilt. Dabei wollen wir aufbauend auf den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Friedens- und Konfliktforschung diese in ihrer internationalen Dimension entscheidend stärken.
- 2.3. Science Diplomacy setzt sich für die konsequente Entwicklung digitaler Strukturen und Konzepte ein. Dies nicht nur, weil die Digitalisierung erleichterte Zugänge und das Überbrücken geographischer Distanz erlaubt und ein Beitrag zur Klimaneutralität sein kann. Sondern auch, weil wir den digitalen Raum ebenso wie den analogen Raum als einen öffentlichen Raum gestalten und in ihm eine freiheitliche Ordnung verankern müssen. Unsere Partner- und Mittlerorganisationen haben auch gegenüber kommerziellen, global operierenden Tech-Konzernen einen großen Nachholbedarf, den es aufzuholen gilt.

Regionale Schwerpunkte legen wir für das kommende Jahrzehnt insbesondere auf die Stärkung europäischer Souveränität und Solidarität, auch unter Einschluss schwieriger Partner wie Russland; auf Afrika als dem Nachbarkontinent Europas, mit dem wir die Herausforderungen des Anthropozäns gemeinsam angehen müssen sowie auf China als einem Akteur, ohne den ein planetar wirksames Handeln nicht möglich ist. Lateinamerika, mit dem wir gleichgerichtete Interessen teilen und kulturell eng verbunden sind, sowie Indien und mit Blick auf die Diversifizierung unserer Beziehungen der Indo-Pazifikraum sollen diese Schwerpunktregionen ergänzen.

Ganz besonders sollen auch internationale Top-Talents-Programme und der Aufbau junger Akademien im Vordergrund stehen. Ein „Leadership for Africa“ – Programm soll einen besonderen Schwerpunkt auf Talente aus unserem Nachbarkontinent legen. Die Gründung einer deutsch-chinesischen „Jungen Akademie“ soll den Wissenschaftsaustausch mit China weiter befördern. Dabei zielen wir auf transparente Kooperationen auf Augenhöhe, die Asymmetrien und einseitigen Wissensabfluss vermeidet und Reziprozität ermöglicht.

3. Strukturelle Veränderungen wagen

Die systemischen Lehren aus der Krise ziehen, bedeutet auf dem Gebiet der Außenwissenschaftspolitik vor allem, Mobilität und Wissensstrukturen neu zu denken. Wissenschaftlerin-

nen und Wissenschaftler wandern heute zwischen analogen und digitalen Welten, bilden neue Netzwerke und erkennen die Spannungsfelder darin. Deutschland ist prädestiniert, im Zusammenwirken von Wissenschaft und Außenpolitik neue Wege zu beschreiten.

- 3.1. Die Mittler- und Partnerorganisationen unserer Außenwissenschaftspolitik, allen voran der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Deutsche Archäologische Institut, leisten Entscheidendes für die Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Sie bauen tragfähige internationale Netzwerke auf, die langfristig enge Bindungen an Deutschland schaffen. Gemeinsam mit den anderen Organisationen der Allianz der Wissenschaftsorganisationen sollen sie in ihren Mobilitätsprogrammen weiter gestärkt werden. Dabei sind auch inhaltliche Kriterien zu beachten, die sich an den oben genannten globalen Herausforderungen orientieren.
- 3.2. Wir wollen die internationale Koproduktion von Wissen dadurch stärken, dass Individualstipendien künftig eng an bestehenden Kooperationsplattformen wie Transnationale Bildungseinrichtungen oder Fachzentren angeschlossen werden und diese in ihrer Attraktivität als Knotenpunkte der Kooperation gesteigert werden. Die Zusammenarbeit der Mittlerstrukturen mit zivilgesellschaftlichen Initiativen wie „Falling Walls“ soll weiter gestärkt werden.
- 3.3. Wir heben die Synergien zwischen Sprachlerninstitutionen wie dem Goethe-Institut, den Partnerschulen im Ausland, sur-place-Stipendien und den Wissenschaftsinstitutionen, um durchgängige Bildungsbiographien zu schaffen und für mehr Diversität und Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen. Die Schaffung einer einheitlichen Alumni-Plattform in einem vom DAAD geleiteten Konsortium ist dazu ein erster Schritt ebenso wie der Anstieg der Stipendien für Absolventen deutscher Schulen im Ausland.
- 3.4. Die Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser sind seit ihrer Reform zu einem Erfolgsmodell der Zusammenarbeit von Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen im Ausland geworden. Wir wollen dieses Netzwerk weiter ausbauen, zunächst in den USA. Die Errichtung eines DWIH in China soll vorangetrieben werden, wenn dort Mindestbedingungen für einen erfolgreichen Betrieb gegeben sind.
- 3.5. Kooperationen und gemeinsame Infrastrukturen sind die Plattformen für internationales Wissen. Ihr Ausbau ist ein zentrales Element. Dabei leisten kleinere binationale Kooperationsprojekte einzelner Hochschulen oder Institute ebenso ihren Beitrag wie große EU-Konsortien oder multilaterale Projekte und Forschungsverbände. Besondere Schwerpunkte sind dabei regional in Afrika zu bilden, insbesondere im Bereich der Angewandten Wissenschaften, sowie in Lateinamerika. Inhaltlich sollen Fachzentren und Humboldt-Forschungshubs in den Bereichen Klimawandel, Gesundheitsforschung, Ressourcenmanagement, Urbanisierung, Friedens- und Konfliktforschung im Vordergrund stehen.

4. Das Auswärtige Amt zum Labor der Science Diplomacy machen

Eine europäisch verankerte Science Diplomacy Deutschlands wird nur gelingen, wenn europäische Expertise von Anfang an bei ihrer Ausgestaltung eingefordert und gehört wird. Wir beabsichtigen einen festen Kreis europäischer wissenschaftlicher Expertinnen und Experten zu schaffen, der den Außenminister zu den oben genannten Themen berät und internationale Fachleute thematisch einbindet. Ausdrücklich geht es dabei um Expertise und Beratung, die auch anderen Ressorts zur Verfügung gestellt und deren Teilnahme angestrebt werden. Wir werden diesen Vorschlag im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft mit Portugal und Slowenien besprechen.

Zur besseren Koordinierung innerhalb der Bundesregierung wird das Auswärtige Amt eine Staatssekretärs-Runde zum Thema Science Diplomacy anregen. Es nimmt damit Science Diplomacy auch als Querschnittsaufgabe wahr und sorgt für die bislang fehlende, aber notwendige systematische Kohärenz.

Der Austausch zwischen Wissenschaft und Außenpolitik soll weiter gefördert werden durch die Weiterentwicklung innovativer Modelle und Strukturen der Kooperation mit der Wissenschaft (wie z.B. der themenbezogenen „Wissentransfer-Hubs“) sowie durch einen Ausbau des Netzes von Wissenschaftsreferentinnen und –referenten an den Auslandsvertretungen, ausdrücklich auch unter Einschluss von Angehörigen der Wissenschaftsorganisationen sowie Austausch- und Weiterbildungsprogrammen.